

Auch der verflorene Staatssekretär Graf Seelowitz sagte in einer Zeitschrift an den Montag in dieser Frage:

Die Beiträge bilden einen Teil der Produktionskosten und werden normalerweise wie alle anderen Betriebsausgaben vom Unternehmer ausbezahlt, um sie zugleich des Unternehmensgewinns von den Abnehmern seiner Erzeugnisse in dem Preis erhalten zu bekommen.

Na also! Die Einwände sowohl des presterischen Ebarfmoders wie des sozialdemokratischen Studius sind dadurch flüssig widerlegt, insofern über die Kosten der Sozialreform geklärt wird. Und was das Eingreifen der Regierungen angingen der Arbeiter in den wirtschaftlichen Kampf haben, wie sagte doch der frühere Minister Herr v. Bötticher bei einem Besuche der rheinischen Industriemagnaten, als diese über mangelndes Entgegenkommen der Regierung ihren Wünschen gegenüber klagten: Aber, meine Herren! Wir arbeiten ja nur für Sie! Und so war es immer. Alle Einwände sind hinsichtlich, die sowohl gegen das Bestehen einer Arbeitslosigkeit oder gegen die Pflicht des Staates, helfend einzugreifen, aufgestellt werden.

Deutsches Reich.

Die Nationalliberalen in Wiesbaden.

Wie unseren Lesern bekannt ist, war für den vergangenen Sonntag und Sonntag eine Tagung der Mitglieder der nationalliberalen Reichstagsfraktion in Wiesbaden anberaumt worden, die nun auch tatsächlich stattgefunden hat. Wassermann hielt zur Begrüßung eine Rede. Dann beschloß man sich zunächst mit der sogenannten Weisenfrage. Bekanntlich regen sich unsere Mitbürger und ihre Weisenverwandten sehr über die Frage auf, ob man den kaiserlichen Schwiegersohn aus dem Weisenhause auf den Braunschweiger Thron setzen lassen dürfe oder nicht, eine Frage, die das deutsche Volk fast läßt und auch völlig kalt lassen kann. Wer auf dem Braunschweiger Thron sitzen will, ist nämlich wirklich vollkommen jahmürrig, ebenso wie es gleichgültig ist, ob die Cumberlander auf ihre Rechte, auf ihr angeerbtes Hannover verzichten oder nicht. Die Herren Nationalliberalen hatten aber offenbar das Bedürfnis, wieder einmal zum Ausdruck zu bringen, wie gut preußisch ihre Volkseele ist und nahmen daher eine Resolution an, in der sie sich auf den Standpunkt stellten, daß der Cumberlander nur dann in Braunschweig Herzog werden dürfe, wenn von seiner Familie endgültig auf Hannover verzichtet worden sei. Falls die verbündeten Regierungen auf einem anderen Standpunkt stehen sollten, wollen die Nationalliberalen ihre Volkseele kochen lassen und mit allen parlamentarischen Mitteln gegen die Regierungen zu Felde ziehen. Nachdem die nationalliberalen Herren ihre völlig tadellose, preußische Gesinnung der ersten Reihe voll und ganz offenbart hatten, wandten sie sich der Besprechung wirtschaftlicher Fragen zu. Die Herren nahmen eine Resolution an, in der sie erklärten, daß sie am Zollwucher festhalten wollen, nur extreme Schutzforderungen wollen sie ablehnen. Damit erklärt man ja nichts Neues. Weiß man doch seit Jahrzehnten, daß die Nationalliberalen zu den besten Stützen der agrarisch-industriellen Ausplünderungspolitik gehören.

Schließlich kam auch noch die Arbeitswilligenfrage dran, deren Besprechung ja heute kaum irgendwo fehlen darf, wo ein paar deutsche Männer sich zu einem Kongress oder etwas ähnlichem zusammenfinden. Die Nationalliberalen haben bisher in ihrer Weisheit auf dem Standpunkt gestanden, daß besondere Gesetze zum Schutze der Arbeitswilligen nicht nötig seien. Jetzt, wo von den verschiedensten Seiten, so von den gewaltigen Herren vom Zentralverband der Industriellen, wie von den Herren Mittelständlern nach einem Justizhausgesetz geschrien wird, wegen es die nationalliberalen Gelden offenbar nicht mehr, an ihrem bisherigen Standpunkte festzuhalten. Andererseits wollen sie wohl auch der Welt nicht das Schanzpiel eines zu schnellen Umfalls bieten. So hielten sie sich dem damit, daß sie die Frage zunächst einer Kommission überließen. Die Nationalliberalen sind also in der Arbeitswilligenfrage bedenklich ins Schwanken geraten und man weiß aus Erfahrung, wenn die Leute einmal in einem derartigen Zustande sind, so fallen sie gewöhnlich nach rechts. Man muß also damit rechnen, daß die Nationalliberalen eines schönen Tages von der größten Justizhausgesetzbegeisterung erfüllt sein werden. Die deutschen Arbeiter haben alle Veranlassung, auf der Hut zu sein.

Der fällige Zwischenfall und die alldeutsche Reichstagsfraktion.

Der Scherlebe „Tag“ bringt ein Bild der Offizierslieger Steffen in Frankreich. Man sieht den deutschen Flieger, das Nonkel im Auge und auch sonst wie ein richtiggehender Maler aussehend, umgeben von französischen Offizieren und Zivilisten. Und alle machen ein vergnügtes und zufriedenes Gesicht. Die Photographie bestätigt, was auch schon die Berichte ergaben, daß der preussische Oberleutnant sich unter seinen französischen Kameraden sehr wohl befindet hat.

Die friedliche und freundschaftliche Beendigung des Zwischenfalles hat unseren Franzosenfreunden gar nicht in den Sinn, und deshalb war es hohe Zeit für eine neue „Affäre“. Im Oberdruck erzählt die Post, aus dem französischen Salonhof Longueville soll es zwischen einem deutschen und einem französischen Reisenden zu Streitigkeiten über den Besitz der Wägen im Zugabteil gekommen sein, wobei der Franzose einige deutschfeindliche und beleidigende Ausdrücke gebraucht habe. Der Deutsche wollte sich beim Konsul beklagen.

Wir haben also eine neue Kränkung des Deutschthums, die noch klade schreit. Nun haben andere Blätter einen ausführlicheren Bericht von dem Vorfall, und da heißt es:

Ein französischer Reisender, der den Erprobung nach Kancu benutzte, hatte einen Platz im Mittel für einen Freund, einen gewissen Herrn Berger, belegt. Ein deutscher Reisender bestieg den Zug und wollte sich auf den Platz setzen, den der französische Reisende für seinen Freund reserviert hatte. Der Deutsche erklärte, ein Platz habe nur das Recht, seinen eigenen Platz zu belegen. Es gab darauf eine heftige Debatte, in deren Verlauf Herr Berger erschien. Als er den deutschen Reisenden auf seinem Platz sitzen sah, stieg er ihm zurück und wollte sich auf den Platz setzen. Der Deutsche gab ihm eine Ohrfeige und verließ ihn mit seinem Koffer im Gesicht. Die übrigen Reisenden griffen ein und brachten den Deutschen zur Ruhe. Dieser erklärte jedoch, daß er beim deutschen Konsul und bei der Polizei Klage einreichen werde. Was jetzt ist jedoch keine Klage erhoben worden.

Wir haben es hier also mit einem Vorkommnis zu tun, wie es sich unter minder Gebildeten — man könnte beinahe sagen alltäglich — auch auf deutschen Bahnhöfen abspielt, nur

daß es dabei nicht an Ohrfeigen kommt. Aber ist es nicht merkwürdig, daß die Post von diesen Ohrfeigen nichts weiß und daß in ihrem Telegramm die interessanten Einzelheiten der Auseinandersetzung fehlen? Würde ihr Pariser Mitarbeiter — denn wir geben in unserer Lokalität nur ihm die Schuld — ebenso an den Telegrammexperten gesparr haben, wenn der Franjose geohrfeigt hätte?

Notstandsaktion auf Abbruch.

Die von der Agrarierpresse freudig aufgenommene Nachricht, daß das Landwirtschaftsministerium das Gebot verlin um weitere Zulassung der russischen Weizenzufuhr bis zum 1. April nächsten Jahres abschlägig beschieden habe, hat sich nicht bestätigt. Der Landwirtschaftsminister hat Genehmigung erteilt — aber, vorläufig nur bis zum 1. Januar 1914. Das ist etwas, aber man muß sich fragen, ob dieses Gebot nicht am Ende weniger ist als nichts. Die Einrichtung städtischer Weizenverkäufe hat sich bewährt, sie leidet aber schwer an dem Umstande, daß sie nur als provisorisch gedacht ist, so daß umfangreiche Anlagen und Vorbereitungen nicht lohnend erscheinen. Die Genehmigung des Berliner Geschäfts in seiner zeitlichen Begrenzung hätte wenigstens die Weizenversorgung für den ganzen kommenden Winter gesichert. Der Landwirtschaftsminister hat den städtischen Behörden diese Sicherheit verweigert und sich die Vollmacht vorbehalten, den kommunalen Weizenverkauf am 1. Januar kommenden Jahres durch Unterbindung der Zufuhr zur Einstellung zu bringen.

Die teuren Offizierswohnungen.

Unsere armen Besitzenden müssen jetzt so gewaltige Opfer für unsere Rüstung bringen. Man verlangt von ihnen, daß sie schwer in die Lade greifen. Erst sollen sie den Wehrbeitrag zahlen und dann noch die Vermögenssteuer. Ist es da nicht begreiflich, daß jeder, der es nur irgend kann, sich eine teure Vaterland im auflegt? Doch die Militärfiskusanten jeder Art sind in Gestalt von hohen Preisen für ihre Lieferungen für das dem Vaterland dargebrachte Opfer gebührend schädlich gehalten. Ist ja selbstverständlich. Nun haben sich noch andere hervorragend staatsverdienende Leute eingefunden, die auch etwas von den Willküren abhaben wollen, die dem Militärismaus zuliefern. Nämlich die Herren Hausbesitzer. In einer offiziell informierten Korrespondenz wird gesagt:

Die Heeresverwaltung hat bekanntlich, wie es ihre Pflicht war, von den Soldaten, die als Garnisonen in Frage kommen, ausdrücklich die Forderung verlangt, daß preiswerte Wohnungen für verheiratete Offiziere vorhanden wären oder schnellstens geschaffen würden. Die Entscheidung auf die überaus zahlreichen Garnisongesuche — im ganzen etwa 1300 — ist auch von dieser Forderung abhängig gemacht worden. Unter diesen Umständen mutet es sonderbar an, wenn jetzt aus vielen Orten eine Steigerung der Mietpreise bekannt wird, die der gegebenen Forderung schroff widerspricht. Eine derartige Ausbeutung der Zwangslage neu zugewanderter Offiziere entspricht weder der guten Sitte noch der in allen Garnisonen getragenen Liebe der Stadtverwaltungen in eine recht peinliche Lage, da ihre Zusicherungen an das Kriegsministerium sich nicht bewahrheiten wollen.

O wie muß sich doch die Welt in den Köpfen der Herren von der Heeresverwaltung malen. Hat sie wirklich geglaubt, daß unser schönes Heer die Gelegenheit entgehen lassen, ihre Wägen in die Höhe zu schrauben!

Es wird dann angeführt, die Militärdienstverwaltung werde ebenfalls für die verheirateten Offiziere soziale Wohnungen bauen. Das kann ja eine teure Schmiere werden! Befürchtlich sehen unsere Behörden beim Bau von Dienstwohnungen für Soldatengemeinschaften sehr darauf, daß diese Wohnungen recht standesgemäß sind, und so werden den Leuten Wohnungen zur Verfügung gestellt, die viel besser und daher natürlich auch teurer sind als die Wohnungen, die sie selbst mieten würden.

Innere Kolonisation und Arbeitslosenversicherung.

Der Geschäftsführer des Vereins für soziale innere Kolonisation, Herr Hans Ostwald, benützt die Gelegenheit der derzeitigen Arbeitslosigkeit, um für den von ihm tatkräftig vertretenen Gedanken dieses Vereins neue Anhänger zu gewinnen. Zu diesem Zwecke hat er am letzten Sonntag in Berlin einen Vortrag gehalten, der die Presse lebhaft beschäftigt. Herr Ostwald berechnet aber selbst die Zahl der zurzeitigen Arbeitslosen auf 700 000 Mann, während die von ihm geleitete Ost-erwähnte Kolonie von Reppen nur einige Duzend Berliner Arbeitslosen aufzunehmen imstande ist. Daraus geht hervor, wie verfehlt der Versuch ist, die Arbeitslosenversicherung mit dem Hinweis auf die Möglichkeiten zu bekämpfen, die die innere Kolonisation für eine entfernte Zukunft bietet. Auch das Verh. Lagerl., das sich zu den Arbeiten Ostwalds freundlich stellt, aber die Zahl der Arbeitslosen nur auf 400 000 schätzt, nimmt in sehr optimistischer Berechnung nur an, daß höchstens der dritte Teil dieser Arbeitslosen, also 100 000 Mann, für Zwecke der inneren Kolonisation geeignet sein möchte. Danach kann die innere Kolonisation immer nur einen Bruchteil der Arbeitslosen helfen, wenn sie einmal so weit ausgebaut sein wird, um sie auch wirklich aufnehmen zu können. Heute aber ist sie noch nicht viel mehr als Juchanzmusik. Man kann den Plänen Ostwalds noch so sympathisch gegenüberstehen, jedenfalls aber heißt es sie nicht fördern, sondern sie diskreditieren und sie mißbrauchen, wenn man sie als Vorwand benützt, um die Arbeitslosenversicherung zu bekämpfen.

Es ist ein seltsames, alte alten Vorstellungen auf den Kopf stellendes Schauspiel, daß sich die Offiziere für allehand Zukunftsprojekte begeistern, während die Sozialdemokraten nach praktischer Gegenwartswirtschaft hinarbeiten. Praktische Gegenwartswirtschaft zur Bekämpfung des Massenelends kann aber in großem Maße nur durch ein Höchstmaß an Arbeitslosenversicherung geleistet werden.

Handel und Einfuhrzölle.

Bisher sind die schädlichen Wirkungen der Einfuhrzölle auf den Handel noch wenig erörtert worden. Es wurde stets — auch von liberaler Seite — so dargestellt, als ob der Handel im Osten die Einfuhrzölle nicht entbehren könne. Jetzt wird aber im Hauptorgan des ostpreussischen Handels, der Königsberger Gartungszeitung, auch von einem Vertreter des Handels das Einfuhrzölleinstellen scharf angegriffen. Der Artikel geht davon aus, daß der Rufus den Getreideexporteuren den Export erleichtert, indem er aus der Tasche der Steuerzahler pro Tonne 50 M. Exportprämie zahlt. Dann heißt es wörtlich:

Diese scheinbare Bequemlichkeit wird also teuer bezahlt, aber nicht nur von den Steuerzahlern, sondern auch von den Getreide aus Rußland, die früher einen Hauptbestandteil des Königsberger Geschäfts ausmachten, bleibt immer mehr aus, weil, wenn dieser vom Staat 50 M. per Tonne Zuschuß (in Gestalt des Einfuhrzölles) erhält. Es fehlt aber nicht nur an der Prämie über die russische trockene Getreide, weil der russische Roggen in Rußland ja 50 M. per Tonne billiger ist als in Deutschland selbst. (Für die deutschen Steuerzahler eine große Wohlthat!) So hat sich an der russisch-deutschen Grenze eine große Weizenindustrie entwickelt, die deutschen Roggen zu 50 M. — 105 M. Die Steuer kommt zu ungefähr 100 M. minus wieder nach Deutschland, und das beste Material folgt dem deutschen Exportprämie in Rußland ebenfals als bei uns die Steuer. Dieses Quantum Roggen, das über die Grenze geht, wird dem Königsberger Handel entzogen. Früher ging unser überflüssiges ostpreussisches Getreide nach Westdeutschland, und es sollen dabei die Getreidehändler sich ganz gut gefanden haben. Nebenbei wurde der Bedarf Schwedens, Dänemarks durch russisches Getreide gedeckt. Allerdings war der russische Roggen auf dem Weltmarkt nicht um den ganzen Zoll, d. h. um 50 M. billiger als das deutsche Getreide, weil, wie vorher angegeben, der russische Landwirt nicht um 50 M. billiger produzieren kann als der deutsche. Das importbedürftige Ausland aber mußte den höheren Preis anlegen, da damals der deutsche Staat sich nicht besann, sich mit deutschem Getreide dem Ausland billigeres Rohmaterial zu liefern, und er hielt es noch nicht für klug, mit deutschem Getreide die Ernährung Deutschlands von den notwendigen Rohstoffen zu forcieren und so das Reich im Falle eines Krieges in Verlegenheit zu setzen. Auch hielt man es damals nicht für gut, mit dem Getreide der steuerzahlenden Weizen einen die notwendigen Rohstoffe aus Arbeiter die Arbeit zu nehmen und dem Staat die Einfuhrzölleinstellen zu steuern. Die heutige Form des Einfuhrzölles dient also dazu, den Handel, den Steuerzahler und den Staat zu beinträchtigen, den Umsatz zu vermindern. . . .

Also auch der Handel fühlt sich geschädigt, dazu noch die Weizenindustrie und vor allem die Profiteure! Und das, weil in Preußen agrarisch Trumpf ist.

Der achte preussische Städtetag.

Am Montag in Breslau zusammengetreten. Unter den Teilnehmern sind auch mehrere Parteigenossen, die in den städtischen Verwaltungen hiesiger Städte sind, so die Herren Eduard Bernheim und Paul Hirsch. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen wurde in die Tagesordnung eingetreten und zunächst erörtert der Geschäftsführer des Städtetages, Stadtrat a. D. Dr. Vothler, Bericht über die bevorstehende Abänderung des Kommunalabgabengesetzes. Er verlangte die Abschaffung neuer Steuerquellen für die Gemeinden und bemerkte, daß diesbezüglich die Kapitalrentensteuer eine solche Steuerquelle darstellen könnte. — In der Debatte wurde besonders die Frage des Ausgleichs der Volksschullasten zwischen den Gemeinden, in denen die Arbeiter wohnen und den Gemeinden, in denen sie arbeiten, besprochen und hervorgehoben, daß der bewußte Ausgleich durch Eingemeindung zu erreichen wäre, daß aber die Staatsregierung keine verbindliche Lösung beschließen. — Verhandlungsgegenstand war Berlin behauptet hierbei, daß manche Gemeinden die Ausgleichsbeträge zur Förderung des höheren Schulwesens statt zur Unterstützung der Volksschule verwenden.

Der Städtetag wandte sich dann der Wohnungsfrage zu, und Bürgermeister Sahm-Wachum besprach den neuen preussischen Wohnungs-Gesetzentwurf, wobei er sich gegen die geplante Einschränkung der Selbstverwaltung wandte und für Reich und Staat ein umfangreiches Programm gesetzgeberischer Tätigkeit auf dem Gebiet der Wohnungswesen entwarf, so besonders die Reform des Hypothekensystems, des Erbbaurechts usw. — Die weiteren Verhandlungen wurden dann auf Dienstag vertagt.

Schwiegerbater und Schwiegersohn.

Eine schredliche Geschichte wird von englischen Blättern erzählt. Im erlauchten Hohenzollernhause soll ein gar arger Familienzoff ausgebrochen sein. Schuld daran soll die hübsche braunschweigische Prinzessin sein, über die ja in letzter Zeit so viel Lärme durch betriebliche Journalistenfiebern gestossen ist. Es liegt folgendes Telegramm vor:

London, 6. Oktober. Die englische Presse beschäftigt sich sehr eingehend mit der braunschweigischen Frage und bringt lange Artikel aus Berlin, ohne die Angelegenheit jedoch zu kommentieren. Der Daily Express meldet, daß zwischen dem Kaiser und seinem Schwiegersohn, dem Prinzen Ernst August, ein sehr gespanntes Verhältnis bestehe und beide sich seit dem Doppelhochzeit nicht mehr gesehen hätten. Die kaiserliche Familie sei über diese Frage in zwei Lager geteilt und aus diesem Grunde wird der deutsche Kaiser an dem Geburtstag der Kaiserin nicht teilnehmen, um mit dem Prinzen, welcher seine Teilnahme zugesagt habe, nicht zusammenzutreffen. Die Daily News will dagegen aus den Hofkreisen erfahren haben, daß das Verhältnis zwischen Kaiser und Prinzen jetzt infolge der letzten Erklärungen des Prinzen und des Herzogs von Cumberland weniger gespannt sei. Vielmehr soll der Kaiser geneigt sein, seinem Schwiegersohn die Erlaubnis zu erteilen, den Thron von Braunschweig ohne weitere Vorarbeiten des Herzogs von Cumberland oder des Prinzen selbst und die Verpflichtung auf Hannover zu befragen in der Hoffnung, daß mit Rücksicht auf die in den letzten Jahren sich gestalteten Verhältnisse Prinz Ernst August leicht zu einer Verzichtleistung auf Hannover bereit sein wird.

Es wird wohl auch recht bald ein offizielles Dementi der Meldung des Daily Express kommen! Das deutsche Volk würde ja auch frohlos sein, wenn es wirklich wahr wäre, daß seine geliebten Hohenzollern „in zwei Lager gespalten“ seien. Aber das ist ja auch ganz ausgeschlossen. Haben wir doch alle schon in der Schule gelernt, daß in den Familien unserer Landesväter stets die allergrößte Harmonie herrscht, so daß sich gewöhnliche Erbitterung das Familienleben unserer allerbühmlichsten Fürsten und Herren jederzeit zum Vorbild nehmen können.

Das rätselhafte Schweigebot. In der auch von uns gebrachten Meldung des Berliner Volksblattes über Entlassungen und Todesfälle bei der Kaiserin-Innenministerin des II. Armeebezirks wird jetzt amtlich erklärt:

- 1. Es ist kein Todesfall vorgekommen.
- 2. Ueber den Entlassungstermin (1. Oktober) sind wegen Krankheit inogelamtschuldverhältnis Mann zurückgehalten worden. Davon sind einundzwanzig inzwischen entlassen worden, siebenundzwanzig befinden sich noch in Behandlung.
- 3. Es handelt sich durchwegs nur um leicht Erkrankte, meistens als Fränklinge. Der Gesundheitszustand während der Krankheit war durchaus gut.
- 4. Von Ueberanstrengung der Leute kann keine Rede sein. Die Anzahl der Kranken, der Erkrankten überhaupt, ist im